



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

6. September 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit diesem Brief aus Berlin melden wir uns aus der sitzungsfreien Zeit und der Sommerpause zurück. Ich habe einen angenehmen August im Wahlkreis verlebt - zu meinen Wanderungen kamen viele Menschen und auch die erste Fahrt nach Mainz war ein schöner Erfolg (beide Berichte finden Sie auf meiner Homepage unter www.brigitte-zypries.de). Am 12. September folgt die zweite Tour nach Mainz, die allerdings auch schon ausgebucht ist.

Vom 29. August bis 2. September war die letzte Gruppe aus dem Wahlkreis für dieses Jahr in Berlin. Alle Mitfahrenden waren zufrieden - man muss ja auch sagen, dass das Presseamt ein gutes Programm zusammenstellt. Sie können sich gerne für eine der drei Fahrten im nächsten Jahr bei mir im Büro notieren lassen. Teilnehmer müssen im Wahlkreis wohnen und bevorzugt werden diejenigen, die eine solche Reise noch nicht mitgemacht haben.

Seit letztem Jahr sammeln wir bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fahrten nach Berlin für soziale Einrichtungen im Wahlkreis. Letztes Jahr für zwei Projekte im Landkreis, diesmal für die Christoph-Graupner-Schule, eine Schule für Lernbehinderte, und die AWO Hausaufgabenhilfe in Darmstadt. In Kürze werde ich die Schecks übergeben, allen Spendern nochmals herzlichen Dank.

Der Bundestag beginnt seine Haushaltswoche mit der Krise in der Eurozone - diesem Thema ist auch der Brief aus Berlin diesmal gewidmet.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer / Ihre Brigitte Zypries

Veranstaltungs-Tipp

Unser Verein ist vorne!

... unter diesem Titel **diskutiere ich** am **13. September** in Darmstadt mit dem **sportpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Martin Gerster** über Fragen rund um das Ehrenamt und die Vereinsführung.

Wir wollen ganz **praktisch Antworten und Tipps geben für Vereine und ehrenamtlich Tätige** und vor allem auch hören, an welcher Stelle weitere Verbesserungen oder Vereinfachungen notwendig sind. Ich würde mich freuen, wenn Sie mitdiskutieren! Die **Veranstaltung beginnt am 13.09.2011 um 18.00 Uhr** in der Gymnastikhalle der SG Arheilgen, Auf der Hardt 80.



Jetzt bewerben!

Jakob-Muth-Preis

Das Stichwort „Inklusion“ ist mittlerweile weit verbreitet - doch dieses Konzept ist nicht unumstritten. Die Frage, ob man behinderte oder verhaltensauffällige und nicht behinderte Kinder gemeinsam unterrichten sollte, bejaht in Deutschland nur jeder zweite. Genau hier setzt der Jakob-Muth-Preis.

Unter dem **Motto "Gemeinsam lernen - mit und ohne Behinderung"** zeichnet dieser Preis Schulen aus, in denen behinderte und nicht behinderte Kinder vorbildlich gemeinsam lernen. Diese Beispiele sollen Mut machen und möglichst viele Nachahmer finden. **Bewerben können sich engagierte Schulen noch bis zum 15. September unter www.bertelsmann-stiftung.de.**

Die dritte Welle der Finanzmarktkrise

Die weitere Verschärfung der Finanzmarkturbulenzen im Euroraum sowie in den USA während der vergangenen Sommerwochen lässt keinen Zweifel zu: **Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die vor vier Jahren auf dem US-Immobilienmarkt ihren Ausgang nahm, ist nicht überwunden.**

Nachdem 2008 zunächst die internationalen Finanzmärkte erschüttert wurden und 2009 dann weltweit die Realwirtschaft in eine scharfe Rezession rissen, gerieten 2010 die krisenbedingt explodierenden Staatsschulden in vielen Ländern in den Fokus. Dies führte zu einem Vertrauensverlust bei den Anlegern. Aktuell bedroht die Verunsicherung über die Zahlungsfähigkeit wichtiger Volkswirtschaften beiderseits des Atlantiks erneut die globale Finanz- und Realwirtschaft.

Einer neuen Rezession stünden die Staaten angesichts einer desolaten Lage der öffentlichen Finanzen heute weitaus schutzloser gegenüber als noch 2009. Damals gelang es in einer konzertierten Anstrengung mit Investitionsprogrammen aller wichtigen Wirtschaftsnationen der Krise entschlossen zu entgegen.

In der Eurozone greifen die Rettungsversuche der letzten anderthalb Jahre erkennbar zu kurz. Mit Haushaltseinsparungen und Kreditgarantien allein ist es nicht gelungen, die kleineren Krisenländer am Rande Europas wirtschaftlich zu stabilisieren – in Griechenland sank das BIP im 2. Quartal 2011 um fast 7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum und die Verschuldung ging nicht zurück, sondern nahm noch zu. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass Griechenland die mit EU und IWF vereinbarten Konsolidierungsziele erreichen, geschweige denn seine Gläubiger vollständig bezahlen kann. Schlimmer noch: Es konnte auch die Ansteckung größerer Euro-Länder nicht verhindert werden. Für Volkswirtschaften von der Größe Spaniens oder Italiens können aber keine „Rettungsschirme“ nach bisherigem Muster mehr gespannt werden.

Was sich nicht nur in Griechenland, sondern auch in vielen anderen Ländern vollzieht, ist eine Abwärts Spirale aus Rezession und Verschuldung, die sich auf den gesamten Euroraum auszubreiten droht.

Deutschland steht gut da. Aber das Land zehrt von den Erfolgen der Vergangenheit

Deutschland ist, sowohl im europäischen wie auch im weltweiten Vergleich, bislang gut durch die Krise gekommen. Die Produktion hierzulande hat das Vorkrisenniveau wieder überschritten, die Arbeitslosigkeit liegt sogar deutlich unter den Werten zu Krisenbeginn. Das europäische Defizitkriterium von 3% des BIP werden wir 2011 wieder klar unterschreiten, die Steuereinnahmen sämtlicher föderaler Ebenen steigen. Doch die Freude über wachsende Steuereinnahmen sollte nicht den Blick dafür trüben, dass sich hier die Erfolge der Vergangenheit auszahlen, die Risiken von Gegenwart und Zukunft aber noch überhaupt nicht erfasst sind.



Konferenz zu Afghanistan

Die SPD hat in den letzten zwei Jahren mehrere Veranstaltungen zur Entwicklung und zur Deutschen Strategie in Afghanistan angeboten. Unsere nächste Veranstaltung in diesem Themenfeld ist zum Thema:

"Streitkräfte im außen- und sicherheitspolitischen Umfeld des 21. Jahrhunderts Sozialdemokratische Erwartungen und Perspektiven"

am Mittwoch, 21.09.2011
von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr
im Reichstagsgebäude,
Platz der Republik 1,
11011 Berlin

Wer Interesse an der Teilnahme hat, meldet sich bitte in meinem Berliner Büro an.

Schwerwiegende politische Entscheidungen vor allem zur Zukunft Europas sind in den kommenden Wochen zu treffen. Dabei gilt es, die finanziellen Kosten der europäischen Solidarität sorgfältig und transparent abzuwägen gegen die dramatischen Folgen, die ein Auseinanderbrechen der Währungsunion hätte.

Die Bundesrepublik hat von sechs Jahrzehnten europäischer Integration profitiert wie kein anderes Land in Europa. Stand am Anfang der Nachkriegsgeschichte die Überwindung der politischen Isolation im Mittelpunkt, so verlagerte sich das Gewicht der europäischen Einigung zunehmend auf den wirtschaftlichen Gewinn. Bereits im vergangenen Jahr haben Finanzmarktexperten einer europäischen Investmentbank die Wohlstandsverluste für Deutschland infolge eines Auseinanderbrechens der Währungsunion mit 10 % der Wirtschaftsleistung zu beziffern versucht. Auch wenn jede Zahl anfechtbar ist, dramatische Einbußen stellt kaum jemand in Abrede. Vor allem die exportabhängigen Unternehmen hätten mit einem schweren Nachteil auf ihren europäischen und internationalen Märkten zu kämpfen. Begleitet wäre der Produktionseinbruch zudem von einem deflatorischen Schock infolge der starken Aufwertung Deutschlands gegenüber allen ehemaligen Partnern in der Währungsunion. Im Kleinen kann man diesen Effekt heute bereits in der Schweiz beobachten: der Franken gilt vielen Anlegern als sicherer Hafen und ist daher zuletzt drastisch aufgewertet worden.

Der Erhalt und die Sicherung der Währungsunion ist eine zentrale Säule für unseren Wohlstand und liegt daher im deutschen Interesse. Die Wahrung dieses Interesses verlangt von uns heute grundlegende, mutige und im Parlament offen zur Entscheidung gestellte Lösungen. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat zur Halbzeit der Legislaturperiode deutlich gezeigt, dass sie - völlig zerstritten - aufgrund ideologischer Scheuklappen und fehlenden politischen Muts nicht in der Lage ist, die für Deutschland und Europa notwendigen Entscheidungen zu treffen. Deutschland hat nicht wegen, sondern trotz dieser Regierung seine Stärke auch in der Krise bewahrt. Zeit aber wurde vertan und Glaubwürdigkeit verspielt. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Fähigkeit der Bundesregierung, gut für unser Land und seine Währung zu sorgen, ist durch die schwarz-gelbe Koalition massiv beeinträchtigt worden.

Das macht die vor uns liegenden Entscheidungen nicht leichter - aber es bedeutet, dass es ganz besonders auf die Sozialdemokratie ankommt, um Deutschland und Europa in eine gute Zukunft zu steuern. Die SPD hat am 18. Juli 2011, rechtzeitig vor dem Europäischen Gipfeltreffen, Kanzlerin Merkel die konstruktive Unterstützung für grundlegende und dem Parlament offen zur Entscheidung vorgelegte Lösungen der europäischen Krise zugesagt. Eine politische Blockade kann sich Europa nicht erlauben. Diese Gefahr sehe ich insbesondere bei der schwarz-gelben Koalition: dort gibt es keine Einigkeit über den Kurs und damit auch keine Klarheit in der Frage der Kanzlermehrheit.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/](#)Erika Gugler (S. 2)
[aboutpixel/](#) Sebastian Drolshagen (S. 3)
[aboutpixel/](#) Sven Schneider (S. 4)

Kernpunkte unseres Konzepts für die Zukunft Europas und seiner gemeinsamen Währung sind:

Eine **konsequente und gerechte Konsolidierungspolitik** der von der Verschuldungskrise betroffenen bzw. bedrohten Mitgliedstaaten der Eurozone. Wer sich hoch verschuldet, liefert sich den Kapitalmärkten aus und wird durch hohe Zinslasten in immer neue Schulden hineingetrieben. Diese Spirale muss unterbrochen werden. Zur Konsolidierung gehört die Bekämpfung von Korruption, Klientelpolitik und Steuerhinterziehung. **Einsparungen im Haushalt** sind ebenso erforderlich wie die Durchsetzung der Besteuerung. Auch **Steuererhöhungen** für Wohlhabende gehören dazu. Die wirksame Eigenanstrengung aller Mitglieder ist die unverzichtbare Voraussetzung der Solidarität der wirtschaftlich starken Partner wie Deutschland. Ein intelligenter **Schuldenschnitt** ist nötig. Ausgabenkürzungen und Strukturreformen reichen nicht aus, um Griechenland aus der Schuldenfalle herauszuführen. Deshalb müssen die Banken auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten.

Eine Ergänzung der Konsolidierung um eine kraftvolle gemeinsame **Europäische Wachstumsinitiative**, die den Menschen neue Hoffnung gibt und zu einer ausgeglichenen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Währungsunion beiträgt, ist nötig. Mehr als 5 Millionen junge Menschen in Europa sind arbeitslos. In Spanien sind es mehr als 45%, in Griechenland 50%. Diese **Jugendarbeitslosigkeit** muss durch eine Stärkung der realwirtschaftlichen Potenziale, durch Investitionen in moderne Technologien und Produktionsstrukturen und innovative Dienstleistungen bekämpft werden. Die deutsche Wirtschaft steht als Partner dafür bereit. Die Finanzierung einer solchen Wachstumsinitiative sollte über eine europaweite **Finanztransaktionssteuer** erfolgen. Unverzichtbar ist eine **effektive Regulierung der Finanzmärkte**. Sie muss in Europa und weltweit sowohl im Rahmen der EU wie auch der G20 entschlossen voran getrieben werden. Das Volumen des spekulativen Kapitalmarktes, der sich nahezu jeder Aufsicht entzieht, ist nach der Krise nicht gesunken, sondern wieder gewachsen. Die Automatisierung durch den computergesteuerten, in Sekundenbruchteilen vollzogenen Börsenhandel, ist menschlicher Kontrolle und Verantwortung entzogen. Auch dies führt zu Abstürzen an den Finanzmärkten. Die Entkopplung der Finanzmärkte von realwirtschaftlicher Wertschöpfung ist nicht zurückgegangen, sondern hat zugenommen. Kernanliegen, die bisher nicht oder nur unzureichend umgesetzt sind, sind **umfassende Verbote stabilitätsgefährdender Finanzinstrumente** wie Leerverkäufe. Wir müssen weiterhin das Ziel verfolgen, den Grauen Kapitalmarkt in die Regulierung einzubeziehen, und brauchen neue, energische internationale Initiativen mit größerem Druck auf die Länder, die sich verweigern. Wir brauchen eine umfassendere Absicherung der Banken mit Eigenkapital und die Vorbereitung auf eine kontrollierte Insolvenz von Banken, damit nicht nach risikoreichen Geschäften in erpresserischer Weise der Steuerzahler als Generalbürge herangezogen wird.